

3199/J XXIV. GP

Eingelangt am 12.10.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mayerhofer
und weiterer Abgeordneter
an die Frau Bundesministerin für Inneres
betreffend **Verleumdungsanzeigen von Polizeibeamten**

Zahlreicher Beschwerden aus den Reihen der Exekutive, die im Zuge ihrer dienstlichen Wahrnehmung eine Verleumdungsklage eingebracht haben weisen darauf hin, dass Verleumdungsanzeigen von Polizeibeamten nicht mit der gebührlichen Obsorge von Seiten der Gerichtsbehörden nachgegangen wird.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Anzeigen wurden auf Grund von Verleumdung durch beamts-handelte Personen gegen Exekutivbeamte in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 getätigt?
2. Wie viele dieser Anzeigen haben in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 tatsächlich mit einem Urteilsspruch geendet?
3. Wie viele Anzeigen wurden in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 zurückgelegt?